

## Mehr als ein Bayrischer Bankenskandal

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin

Im Juni 2013 hatte ich die Online-Petition „Gerechtigkeit und Freiheit für Gustl Mollath!“ unterschrieben – so wie mehr als 57.000 andere es bis Mitte September ebenso taten. Da Mollath am 6. August nach sieben Jahren aus der forensischen Psychiatrie entlassen wurde, passte Thomas Vogler, Betreiber einer Jazzbar in München, der die Petition gestartet hatte, den Titel an: „Gerechtigkeit für Gustl Mollath!“ Jetzt ging es darum, Mollath „durch ein faires und transparentes Wiederaufnahme-Verfahren“ zu rehabilitieren.

Am 20. Oktober erhielt ich – ebenso wie die mehr als 57.000 weiteren UnterzeichnerInnen, nehme ich an – über den openPetition-Service eine Mail von Thomas Vogler, in der er mitteilte: „Manch einer von Ihnen hat Gustl Mollath vielleicht auch Geld auf ein Spenden-Konto überwiesen, das auf seiner Unterstützer-Seite angegeben war. Dieses Konto wurde von dem Münchner Fritz Letsch betrieben. Rechtsanwalt Dr. Strate wird 'Strafanzeige wegen Verdacht des Betruges' erstatten: 'Herr Mollath hat von diesen Spenden bislang keinen Cent erhalten'.“

Fritz Letsch ist etlichen LeserInnen der CONTRASTE sicher kein Unbekannter. Er engagierte sich viele Jahre in der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise) und im TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) und arbeitet als Theaterpädagoge unter anderem für den ZBB – Zusammenschluss Bayerischer Bildungsinitiativen. Dieser Verein hatte ein Unterkonto zur Verfügung gestellt, die Website [gustl-for-help.de](http://gustl-for-help.de) und andere hatten dort „für die Unterstützung von Gustl Mollath“ Spenden gesammelt, und einen Teil davon nach Rücksprache mit Mollath entsprechend verwendet. Nach der Freilassung waren mehr als 20.000 Euro übrig, und aufgrund von Mollaths Mittellosigkeit überlegte Fritz Letsch, diesem das Geld direkt zukommen zu lassen. Um die Form der Auszahlung gibt es jedoch Auseinandersetzungen. Sowohl Thomas Vogler als auch Mollaths Anwalt Gerhard Strate beschuldigen den solidarischen Verein und dessen geschäftsführenden Vorstand Fritz Letsch, statt gemeinsam mit dem ZBB einen praktikablen und vereinsrechtlich zulässigen Auszahlungsweg zu finden – warum? Der Schriftwechsel dazu steht auf Strates Website, und vermittelt den Eindruck eines Hahnenkampfes zwischen Strate und Letsch.

Mollath verdankt seine Freilassung sowohl seinen AnwältInnen als auch der Öffentlichkeitsarbeit seiner UnterstützerInnen. Bereits seit dem Frühjahr 2012 wurde er von der Anwältin Erika Lorenz-Löblein vertreten. Diese wies nach seiner Freilassung in einem Interview mit Radio Lora darauf hin, dass es nun an der Zeit sei, dass die Steuerfahndung Mollaths Hinweisen auf Schwarzgeldgeschäfte der HypoVereinsbank nachgeht. Sie betonte, dass das Bayerische Finanzministerium schon 2003 von dem Revisionsbericht der HypoVereinsbank gewusst haben muss, der Mollaths Vorwürfe bestätigt hatte, weil MitarbeiterInnen des Ministeriums in deren Gremien vertreten waren. Seit Dezember 2012 wird Mollath auch von Gerhard Strate anwaltlich vertreten. Im Oktober 2013 beendete er das Mandat für Lorenz-Löblein. Seitdem ist der Kontakt der UnterstützerInnen zu Mollath schwieriger geworden.

Bisher hat Strate kostenlos für Mollath gearbeitet. Er rechnet jedoch damit, aus dem Verkauf von Buch- und Filmrechten bezahlt zu werden, wie er im Sommer in einem Interview der ZEIT sagte: „Bavaria, Constantin, sie haben sich alle gemeldet.“ Wichtiger als ein Hollywoodschinken über ein tragisches Einzelschicksal ist jedoch der von Gustl Mollath aufgedeckte Bankenskandal. Dieser ist keine regionale bayrische Angelegenheit, sondern ein Politikum von bundesweiter, ja internationaler Bedeutung. Es ist höchste Zeit, statt in vermeintlichen Spendenskandalen zu wühlen, diesem Bankenskandal die erforderliche öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen.